



02.12.2015

**Postulat**

Walter Angst (AL)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können, um Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste und der AOZ den Zugang zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum zu erleichtern. Geprüft werden soll dabei auch, ob für die Sicherung stabiler Wohnverhältnisse auch Mittel für die Wohnberatung bereitgestellt werden müssten.

**Begründung:**

Obwohl viele Gemeinnützigen Bauträger verpflichtet und bereit sind, 1 Prozent des gesamten Wohnungsbestands an das Sozialdepartement zu vermieten («1-Prozent-Klausel»), werden zurzeit nur 26 Wohnungen so genutzt (Schriftliche Anfrage 2015/73 von Ursula Uttinger und Severin Pflüger). Seit der Reorganisation des Bereichs «Wohnen und Obdach» Ende der Nuller-Jahre fokussiert das Sozialdepartement seine Angebote auf die Verhinderung von Obdachlosigkeit. Um mehr Klientinnen und Klienten aus der Sozialhilfe ablösen zu können und die Integration von Flüchtlingen zu fördern sollte versucht werden, die Zusammenarbeit mit den Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbau, der Liegenschaftenverwaltung der Stadt und interessierten privaten Vermietern wieder verstärkt werden.